



LAND

OBERÖSTERREICH

INTEGRATION

VERBINDLICH GESTALTEN –
ZUSAMMENHALT STÄRKEN

INTEGRATIONSLEITBILD DES LANDES OBERÖSTERREICH

Medieninhaber und Herausgeber

Land Oberösterreich

Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1
4021 Linz
Tel.: 0732/7720-11400
E-Mail: pr.post@ooe.gv.at

Redaktion und wissenschaftliche Begleitung

Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Katharina Pabel, Dipl. Soz. Kenan D. Güngör

Illustration: Max Krasnov – stock.adobe.com

Grafik: Johannes Ortner/Abteilung Presse/DTP-Center [2018365]

Druck: BTS Druckkompetenz GmbH

1. Auflage, Juni 2018

www.land-oberoesterreich.gv.at

Informationen zum Datenschutz finden Sie unter

<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/datenschutz>

7 1. Ziele der Integrationspolitik

8 2. Grundsätze der Integrationspolitik

- 8 Voraussetzungen für gelingende Integration
- 8 Integration als langfristiger gesamtgesellschaftlicher Prozess
- 8 Integration als wechselseitiger Prozess mit unterschiedlichen Anforderungen
- 9 Erwartungen an die Zugewanderten
- 9 Erwartungen an die Aufnahmegesellschaft
- 9 Chancen eröffnen und Teilhabe ermöglichen
- 10 Grund- und Menschenrechte als gemeinsame Basis
- 10 Problematischen Milieus entgegenwirken
- 11 Zentrale Grundwerte

12 3. Haltungen einer aktivierenden und verbindlichen Integrationspolitik

- 12 Aktivierend & befähigend
- 12 Verbindlich: fördernd & fordernd
- 13 Bedarfsgerecht, wissensbasiert & wirksam
- 13 Zukunftsorientiert & nachhaltig
- 14 Querschnittsorientiert & vernetzend

14 4. Zentrale Bereiche der Integrationspolitik

- 14 Sprache und Bildung als Schlüsselqualifikationen
- 15 Wirtschaft und Arbeitsmarkt – Teilhabe stärken
- 17 Integration und Zusammenleben vor Ort
- 17 Werte und Traditionen, die es lohnt, weiterzugeben
- 18 Respekt im Umgang miteinander



Erst der starke innere Zusammenhalt der Gesellschaft in einem Land bewirkt, dass Großes erreicht wird und Visionen umgesetzt werden. Nur eine Gesellschaft, die gemeinsam an Zielen arbeitet, kann jene Sicherheit schaffen, die wir Menschen brauchen.

Der Integration von Menschen aus anderen Kulturkreisen, die in Oberösterreich eine neue Heimat suchen, kommt daher entscheidende Bedeutung zu. Das Zusammenleben muss sicher, fair und sozial sein, und dazu müssen die Integrationsangebote zielgerichtet und treffsicher gestaltet sein.

Mit diesem Integrationsleitbild wollen wir Orientierung schaffen und Brücken bauen; es geht aber auch darum, klar und deutlich zu vermitteln, wie wir uns das gemeinsame Leben in unserer Heimat vorstellen. Dazu gehört ein klares Bekenntnis zur gemeinsamen Sprache Deutsch und zu unserem Wertegerüst. Ich will ein gutes Miteinander in Oberösterreich, kein Nebeneinander und schon gar kein Gegeneinander.

Vertreterinnen und Vertreter aller politischen Parteien des Oberösterreichischen Landtags haben gemeinsam mit Expertinnen und Experten unter der Koordination der Oö. Zukunftsakademie das bereits 2008 erstellte Integrationsleitbild des Landes Oberösterreich weiterentwickelt und an die heutigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst.

Das Ergebnis ist ein Kompass für ein erfolgreiches Zusammenleben in Oberösterreich – Ausdruck unserer Grundhaltung zur Integration und zum gesellschaftlichen Miteinander.

Ich bedanke mich bei den Beteiligten für diese so wichtige Arbeit und wünsche uns allen weiterhin ein gutes Zusammenleben und einen starken Zusammenhalt in Oberösterreich.

Landeshauptmann
Mag. Thomas Stelzer



Die gesellschaftlichen Herausforderungen im Bereich Integration haben sich in den letzten Jahren mit der verstärkten Einwanderung durch kulturfremde Drittstaatsangehörige erheblich verändert. Eine Neuausrichtung des oberösterreichischen Integrationsleitbildes war daher dringend geboten. In manchen Bereichen haben Versäumnisse zu integrationsfernen bis -feindlichen Milieus geführt, die es dringend aufzulösen gilt. Das betrifft nicht nur neu Zugewanderte, sondern auch bereits seit vielen Jahren bei uns lebende Menschen, mit und ohne österreichische Staatsbürgerschaft, sowie deren zweite und dritte Nachkommens-Generationen. Selbstverständlich wurden auch positive Erfahrungen mit gut funktionierender Integration gesammelt. Eben diese haben gezeigt, dass die

persönliche Bereitschaft, sich an die neue Gesellschaft anpassen zu wollen, für ein Funktionieren von Integration unerlässlich ist. Wie sich auch gezeigt hat, genügt es aber nicht, allein Anreize für diese Bereitschaft zu schaffen. Bei Verweigerung und Nichterfolg von Integrationsmaßnahmen muss es auch zu spürbaren Konsequenzen kommen. Nur wenn Zugewanderte ihre Bringschuld leisten und Gesetze sowie Werte der österreichischen abendländischen Leitkultur akzeptieren, kann Integration funktionieren. Parallelgesellschaften, die etwa religiöse Gebote über unsere demokratisch legitimierten Gesetze stellen, muss daher konsequent entgegengetreten werden.

Ich freue mich, dass nunmehr ein realitätsbezogener Perspektivenwechsel in das neue Leitbild Eingang gefunden hat. Das oberösterreichische Integrationsleitbild 2018 gibt zehn Jahre nach der Erstellung des ersten Leitbildes einen neuen Weg vor, um die Herausforderungen, denen wir heute gegenüberstehen, zu meistern.

Zur Sicherung des sozialen Friedens und der Zukunft unseres Landes ist eine bestmögliche Integration von Fremden, die dauerhaft bei uns leben dürfen, unerlässlich.

Landeshauptmann-Stellvertreter
Dr. Manfred Haimbuchner

© Andreas Balon



Ja, Integration ist eine Herausforderung, und es ist ein Prozess, der nicht von heute auf morgen erledigt ist, sondern Jahre dauert. Sowohl für die Menschen, die flüchten mussten vor Krieg, Unterdrückung und Verfolgung und denen in Österreich Schutz gewährt wurde, wie auch für uns geborene Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher, die wir mit neuen Nachbarinnen und Nachbarn, Klassenkameradinnen und -kameraden oder Kolleginnen und Kollegen umgehen lernen müssen, ist dies fordernd. Für beide Seiten ist es eine Herausforderung, für beide Seiten kann es aber auch eine Chance sein – und eines ist klar: Wir wollen gut zusammenleben.

Vorbehalte räumt man am besten durch Kennenlernen aus, und durch das Aufeinander Zugehen. Dazu bieten viele Gemeinden Oberösterreichs im Rahmen von Festen und Veranstaltungen wie auch viele ehrenamtliche Integrationsinitiativen immer wieder wunderbare Möglichkeiten, die ich nur empfehlen kann zu besuchen.

Sinn und Zweck dieses Integrationsleitbildes ist es, darzulegen, dass das Bundesland Oberösterreich gewillt ist, das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen zu unterstützen und sich zu Regeln zu bekennen, die in unserem Land für alle Menschen gelten – vollkommen unabhängig vom Geburtsort oder Herkunftsland. Und deshalb ist es auch wichtig, dass sich die gesamte Landesregierung, unabhängig deren parteipolitischer Gesinnung, auf diese Grundlage einigen konnte, mit der eindeutigen Basis des gemeinsamen Verstehens, des Miteinander-reden-Könnens, denn „durch 's Reden kumman d' Leit zaum“.

Landesrat
Rudolf Anschöber

© Land 00



Vor gut 50 Jahren hat Österreich in der Türkei und im damaligen Jugoslawien aktiv Arbeitskräfte angeworben. Die Männer wurden mit Zügen nach Österreich befördert und hier auf jene Firmen verteilt, die dringend Personal suchten.

Integration? War nicht gewünscht. Es gab keine Deutschkurse. Die Arbeiter waren untergebracht in Baracken und Massenquartieren.

Heute wissen wir: Wenn Menschen zu uns kommen, dann müssen wir uns bemühen, sie in die Gemeinschaft zu integrieren. Weil nur so das Zusammenleben funktionieren kann. Wobei Integration immer beide Seiten fordert. Integration räumt nicht nur Rechte ein, sondern fordert auch die Erfüllung von Pflichten.

Der Bedarf an Arbeitskräften aus dem Ausland ist heute so groß wie in den 1960er-Jahren. Wir benötigen dringend Fach- und Hilfskräfte. In der Industrie, in der Gastronomie, in den Gesundheits- und Pflegeberufen.

Wenn wir klug sind, begreifen wir den Zuzug von Menschen aus anderen Ländern – ob als Kriegsflüchtlinge oder angeworbene Fachkräfte – als Chance, als Verstärkung für unsere Gemeinschaft. Wenn wir klug sind, vermitteln wir unsere Werte und Traditionen und bemühen uns im Gegenzug, von den zugewanderten Menschen zu lernen. Wenn wir klug sind, setzen wir alles daran, dass die zugewanderten Frauen und Männer, Kinder und Jugendlichen bei uns Wurzeln schlagen können.

WEIL wir klug sind, stellen wir uns in Oberösterreich diesem großen Thema offen und unvoreingenommen. Dieses Integrationsleitbild ist die Basis dafür.

Landesrätin
Birgit Gerstorfer, MBA



Das 2008 entwickelte Integrationsleitbild „Einbeziehen statt Einordnen“ bildete die Grundlage für die programmatische Ausgestaltung der Integrationspolitik für das Land Oberösterreich. Diese hatte zum Ziel, die landesweite wie auch regionale Integrationsarbeit querschnittsorientiert zu implementieren und ein gutes Zusammenleben zu ermöglichen. Seit dieser Zeit hat sich die Integrationsarbeit stark ausgeweitet und professionalisiert. Die Evaluation der bisherigen Integrationsarbeit attestierte dem Land insgesamt gute Ergebnisse.

Neben den Erfolgen zeigen sich aber auch Herausforderungen und Problem-bereiche, deren Bewältigung nicht zufriedenstellend gelaufen ist und unbedingt besser werden muss. Dies gilt z. B. für einen Teil der alten und neuen Migrantinnen- und Migrantengruppen. Hinzu kommt die Dynamik und Wucht globaler Krisen und Spannungen, die sich konkret vor Ort niederschlagen und das Zusammenleben belasten.

Solche und weitere Fragen machten eine Neubewertung und Akzentuierung der Integrationspolitik notwendig. So gilt es, die Integrationspolitik in alle Richtungen aktivierender und verbindlicher zu gestalten. Das verlangt auch, dass die Werte, Haltungen und Anforderungen für ein gelingendes Zusammenleben gut begründet und die Problemzonen deutlicher herausgearbeitet werden müssen.

Das neue Leitbild ist diesem Geiste geschuldet. Alle im Landtag vertretenen Parteien haben neben ihren parteipolitischen Zugängen, nach Maßgabe der Vernunft und Einsicht, das Gemeinsame und Parteiübergreifende gesucht. Ohne diese kritische wie auch verständigungsorientierte Haltung aller Beteiligten wäre dieses Leitbild nicht möglich, daher gilt ihnen mein besonderer Respekt.

Wissenschaftliche Begleitung
Dipl. Soz. Kenan Dogan Güngör



Die Gestaltung der Zukunft aller Menschen, die in Oberösterreich leben, und ein gelingendes Zusammenleben ganz unabhängig von Herkunft und Staatsangehörigkeit beruhen auf dem Zusammenhalt der Gesellschaft. Das Integrationsleitbild des Landes Oberösterreich hat zum Ziel, diesen Zusammenhalt zu stärken. In diesem Sinne formuliert es Ziele, Grundsätze und Haltungen der Integrationspolitik des Landes und nimmt dabei alle Bevölkerungsgruppen – Einheimische und Zugewanderte – in den Blick.

Erwartungen an die Aufnahmegesellschaft werden ebenso aufgezeigt wie Erwartungen an die Zugewanderten, um die Teilhabe aller am wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben in Oberösterreich zu ermöglichen. Das Integrationsleitbild hebt Grund- und Menschenrechte als gemeinsame Basis für eine offene Gesellschaft hervor und zeigt zentrale Grundwerte für ein gelingendes Zusammenleben in Vielfalt auf. Der breite Diskussionsprozess zur Entwicklung des Leitbilds zeigt die Bereitschaft und das Engagement, Integration als Zukunftsaufgabe gemeinsam anzugehen.

Wissenschaftliche Begleitung
Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Katharina Pabel

INTEGRATION VERBINDLICH GESTALTEN – ZUSAMMENHALT STÄRKEN

INTEGRATIONSLEITBILD DES LANDES OBERÖSTERREICH

1. Ziele der Integrationspolitik

Das Integrationsleitbild des Landes Oberösterreich steht unter dem Titel „Integration verbindlich gestalten – Zusammenhalt stärken“. Damit werden Ziel und Aufgabe der Integrationspolitik zum Ausdruck gebracht: Es ist ihre Aufgabe und Verantwortung, ein gelingendes und friedliches Zusammenleben aller Menschen in Oberösterreich, unabhängig von ihrer Herkunft und ihrer Staatsangehörigkeit, zu ermöglichen. Diese Verantwortung nehmen wir wahr.

Das Integrationsleitbild des Landes Oberösterreich entsteht zu einer Zeit, die zum einen noch durch die Herausforderungen geprägt ist, welche die große Zahl an Flüchtlingen und anderen Zugewanderten vor allem in den Jahren 2015 und 2016 mit sich gebracht haben. Gerade in den vergangenen Jahren sind für diese Gruppe von geflüchteten Menschen große integrationspolitische Anstrengungen unternommen worden. Zum anderen bilden Menschen aus Staaten der Europäischen Union und aus Drittstaaten nach wie vor die wichtigsten Gruppen an Zugewanderten. Eine institutionalisierte Integrationspolitik hat sie lange Zeit nicht erreicht. Auch ihre Integration ist jedoch für das Zusammenleben in Oberösterreich von essenzieller Bedeutung und soll genauso wie die Integration der jüngst Zugewanderten im Fokus dieses Leitbilds stehen. Das Leitbild richtet sich zudem an die einheimische Bevölkerung. Sie hat mit Offenheit und mit viel individuellem Einsatz, aber auch mit Sorge und Skepsis auf die unterschiedlichen Migrationsentwicklungen in den letzten Jahren und Jahrzehnten reagiert. Das Ziel des gelingenden Zusammenlebens aller Menschen in Oberösterreich muss alle Bevölkerungsgruppen – Einheimische und Zugewanderte – in den Blick nehmen.

Das Integrationsleitbild des Landes Oberösterreich entwirft Grundsätze, Leitlinien und Haltungen für die Integrationspolitik der nächsten zehn Jahre. Es knüpft an das bislang bestehende Integrationsleitbild „Einbeziehen statt einordnen – Integration in Oberösterreich leben“ aus dem Jahr 2008 an, reagiert auf veränderte Rahmenbedingungen und entwickelt eine Perspektive für die Zukunft. Das neue Integrationsleitbild enthält in kompakter Weise die strategischen Leitlinien für die künftige Integrationspolitik. Auf dieser Grundlage werden konkrete Maßnahmen entwickelt und entsprechende Ressourcen zur Verfügung gestellt. Es stellt so einen verbindlichen Handlungsrahmen für die zukünftige Integrationspolitik und Integrationsarbeit, einschließlich des Förderwesens, im Land Oberösterreich auf.

2. Grundsätze der Integrationspolitik

Voraussetzungen für gelingende Integration

Für eine gelingende Integration und damit für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind folgende Voraussetzungen unabdingbare Grundlage: das Erlernen von Deutsch als gemeinsamer Sprache, das aktive Hinarbeiten auf die wirtschaftliche Selbsterhaltungsfähigkeit, die Akzeptanz grundlegender Werte sowie der Respekt vor der Landes- und Alltagskultur in Oberösterreich als Basis des Zusammenlebens. Zugleich bedarf es der entsprechenden Offenheit und Bereitschaft der Aufnahmegesellschaft. Die Integrationsbemühungen der Zugewanderten und die Integrationsgestaltung der Politik sind auf diese Grundlage auszurichten.

Integration als langfristiger gesamtgesellschaftlicher Prozess

Integration ist eine Querschnittsmaterie und betrifft in unterschiedlichem Ausmaß nahezu alle gesellschaftlichen Teilbereiche. Sie soll nicht als isoliertes Sonderthema, sondern als Teil der Politik in einer Gesellschaft, in der Migration und Pluralität zum Alltag gehören, behandelt werden. Integrationspolitik ist somit Teil der Bildungs-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, der Gesundheits-, Sozial- und Wohnpolitik wie auch der Sicherheitspolitik im engeren und weiteren Sinn. Sie findet in vernetzter und abgestimmter Form auf der Ebene der Politik und Verwaltung des Landes, der Städte und der Gemeinden statt. Integration ist kein Schritt, der einmal gesetzt wird und dann erledigt ist. Integration ist vielmehr ein langfristiger Prozess, der Zeit braucht und dauerhaft, zuverlässig und mit langem Atem begleitet werden muss. Von daher richtet sich die Integrationspolitik langfristig aus, plant entsprechend den Bedarfen und Erfordernissen für die Zukunft und sichert Kontinuität.

Integration als wechselseitiger Prozess mit unterschiedlichen Anforderungen

Das Integrationsleitbild des Landes Oberösterreich wendet sich an alle Personen und Institutionen, die im engeren und weiteren Sinne mit Integrationsfragen zu tun haben. Adressat sind sowohl staatliche als auch nichtstaatliche Organisationen und Institutionen wie die Verwaltungen der unterschiedlichen Gebietskörperschaften, Vereine wie auch einheimische und zugewanderte Personen und Gruppen, die sich in der Integrationsarbeit engagieren. Das Integrationsleitbild richtet sich nicht nur an jene, die vor Kurzem nach Oberösterreich gekommen sind, sondern auch an Personen, die aus unterschiedlichen Gründen schon vor etlichen Jahren nach Oberösterreich migriert sind und mit ihren Kindern und zum Teil schon Enkelkindern Teil der Bevölkerung Oberösterreichs sind.

Erwartungen an die Zugewanderten

Unter der Bedingung der Wechselseitigkeit ist anzuerkennen, dass der Etablierungsprozess und somit die Integrationsanforderungen für die Zugewanderten deutlich höher sind als für die Aufnahmegesellschaft. Der Erwerb einer neuen Sprache, das Zurechtfinden und das Ankommen in einer neuen Gesellschaft verlangen von den Zugewanderten eine ungleich höhere Anstrengung. Zugewanderte sollen sich nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten durch persönlichen Einsatz für ihr Einfinden und Weiterkommen in Oberösterreich einbringen. Durch das Erlernen der deutschen Sprache, das Hinarbeiten auf die Selbsterhaltungsfähigkeit und die Akzeptanz der Werte leisten sie ihren Beitrag für eine gelingende Integration.

Erwartungen an die Aufnahmegesellschaft

Diese Bemühungen und Anstrengungen sind von der Aufnahmegesellschaft entsprechend aktiv zu unterstützen. Die Integrationspolitik hat die Aufgabe, Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern und die notwendigen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen. Das Land Oberösterreich sieht sich ergänzend zu den Maßnahmen des Bundes in der Verantwortung, mit einer aktivierenden Integrationspolitik gute Rahmenbedingungen und Angebote zu schaffen. Ehrenamtliche – seien es Einzelpersonen, Gruppen, Pfarren oder Vereine –, die in unterschiedlicher Form Aufgaben im Bereich des Spracherwerbs, der Arbeitsplatzsuche oder der Wohnungssuche übernehmen oder Unterstützung leisten, spielen eine wesentliche Rolle im Integrationsprozess.

Chancen eröffnen und Teilhabe ermöglichen

Viele der zugewanderten Mitbürgerinnen und Mitbürger, die schon länger in Österreich leben, haben sich längst erfolgreich etabliert und als selbstverständlicher Teil der Gesellschaft ihren Platz eingenommen. Sie haben durch ihr Arbeiten und Wirken einen Beitrag zum sozialen und wirtschaftlichen Fortkommen des Landes geleistet. Zugleich gibt es Teilgruppen, bei denen die Integration und Teilhabe nicht hinreichend gelungen sind. Über eine nachholende Integration sollen die Defizite der Vergangenheit aufgearbeitet werden; gleichzeitig soll über eine aktivierende Integrationsarbeit die Inklusion der neueren Zugewanderten sichergestellt werden.

Inklusion soll alle – unabhängig von Herkunft oder Staatsangehörigkeit – in die Lage versetzen, am wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben in Oberösterreich teilzuhaben. Die dafür notwendigen Rahmenbedingungen sind von der Integrationspolitik sowohl auf institutioneller als auch auf informeller Ebene zu schaffen. Von maßgeblicher Bedeutung für den Integrationsprozess sind die Aufnahmemöglichkeiten in die Regelsysteme und bestehenden Institutionen. Die Ausgangsvoraussetzungen sind unterschiedlich: Zugewanderte müssen zu-

meist Deutsch als Alltags- und Umgangssprache erst lernen, manche Zugewanderte haben nicht die für den österreichischen Arbeitsmarkt passende Ausbildung und Qualifikation. Hier müssen integrationsfördernde Schritte gesetzt werden, um eine faire Teilhabe zu ermöglichen.

Integration verlangt aber auch den Einsatz der Einzelnen nach ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten. Erwartet werden die Bereitschaft zum Lernen der deutschen Sprache, die Bereitschaft zur Bildung und Ausbildung und die Bereitschaft, sich aktiv in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft einzubringen. Diese Erwartungen richten sich grundsätzlich an alle Menschen, die in Oberösterreich leben. Strukturelle Hindernisse, die einer Teilhabe entgegenstehen – wie etwa ungerechtfertigt lange und voraussetzungsreiche Anerkennungs- und Nostrifizierungsverfahren –, sind zu identifizieren und abzuschaffen.

Grund- und Menschenrechte als gemeinsame Basis

In Oberösterreich leben Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlicher Nationalitäten. Menschen unterscheiden sich aber auch nach anderen Kriterien: nach Alter, nach Geschlecht, nach ihrer religiösen und nach ihrer politischen Überzeugung. Vielfalt ist in Oberösterreich wie in ganz Österreich eine gesellschaftliche Realität. Durch Migration nimmt die Vielfalt auch in unserem Land zu. Der kulturellen Vielfalt der Menschen, die in Oberösterreich leben, wird mit Respekt begegnet. Vielfalt kann einerseits Bereicherung bedeuten, sie kann aber andererseits in bestimmten Bereichen Irritationen, Missverständnisse, Widersprüche und Probleme mit sich bringen.

Daher braucht der Zusammenhalt einer Gesellschaft, in der unterschiedliche Menschen leben, gemeinsame Werte und Regeln. Wir in Oberösterreich verstehen uns als eine offene Gesellschaft, die für ihre Grundwerte einsteht. Die in Österreich gewährleisteten Grund- und Menschenrechte bilden ebenso wie Rechtsstaatlichkeit und Demokratie fundamentale Werte, die dem Gemeinwesen zugrunde liegen. Diese Werte müssen bekannt sein und von allen akzeptiert und mitgetragen werden. Daraus abgeleitete rechtliche Pflichten sind ohne Vorbehalt anzuerkennen und zu befolgen. Solange alle diese Grundwerte anerkennen, ist ein Zusammenleben in Vielheit möglich.

Problematischen Milieus entgegenwirken

Toleranz und Offenheit prägen das Zusammenleben in Oberösterreich. Keine Toleranz gilt gegenüber Strömungen und Ideologien, welche die verbindlichen Regeln in Österreich und Oberösterreich nicht einhalten und unsere Grundwerte in Frage stellen. Die Verbreitung von Hass, religiös oder politisch begründeten Extremismus, Islamismus, demokratiefeindliche Ideologien und abwertende Haltungen gegen Gruppen lehnen wir ab. Das Land Oberösterreich tritt diesen Strö-

mungen, Netzwerken und Institutionen mit den Mitteln des Rechtsstaats entgegen, ohne dabei seine gleichheits- und freiheitsorientierten Werte und Prinzipien zu leugnen. Desintegrativen, problematischen Milieus, in denen mit unseren Werten und unserer Grundordnung unvereinbare Lebensweisen gepflegt werden, ist entgegenzuwirken. Dafür sind sicherheitspolitische, soziale und präventive Maßnahmen notwendig, welche früh ansetzen und ein mögliches bzw. weiteres Abdriften in problematische, desintegrative Milieus verhindern.

Zentrale Grundwerte

Zentrale Grundwerte für das Zusammenleben ergeben sich in Österreich und Oberösterreich aus den Verfassungsbestimmungen und Gesetzen unseres Landes, ergänzt durch die Charta der Grundrechte der Europäischen Union, und aus internationalen Verträgen wie insbesondere der UN-Charta. Die darin zu findenden Vorstellungen von staatlicher und gesellschaftlicher Ordnung haben sich über Jahrhunderte entwickelt, wurden manchmal auch erstritten und sind nicht zuletzt häufig ein Anziehungspunkt für Migration nach Österreich.

- ❖ **Demokratie und Rechtsstaatlichkeit:** Gesetze und damit allgemeinverbindliche Regeln entstehen nach Diskussion und durch anschließende Abstimmung von Vertreterinnen und Vertretern des Volkes in den Parlamenten auf der Basis von entsprechenden Verfahrensvorschriften. Der Staat ist an diese demokratisch zustande gekommenen Gesetze gebunden, das zeichnet ihn als Rechtsstaat aus. Die in den Gesetzen enthaltenen Rechte und Pflichten gelten für alle Menschen, die in Österreich leben; sie sind ohne Vorbehalt anzuerkennen und zu befolgen.
- ❖ **Trennung von Staat und Religion / Glaubensfreiheit:** Der österreichische Staat handelt unabhängig von jeder Religion, seine Entscheidungen sind religionsneutral. Jede Person in Österreich genießt die Freiheit, ihren Glauben zu haben und im Rahmen der Gesetze zu leben oder ohne Bekenntnis das Leben zu gestalten. Die Einhaltung geltender Gesetze kann durch die Berufung auf religiöse Vorschriften nicht relativiert werden.
- ❖ **Körperliche und geistige Unversehrtheit:** Körperliche, psychische und sexuelle Gewalt, insbesondere gegen Kinder und Frauen, ist verboten. Zum Schutz vor (sexueller) Ausbeutung sind z. B. Zwangsehen und Polygamie verboten.
- ❖ **Recht auf individuelle Lebensgestaltung und Meinungsfreiheit:** Jeder Mensch kann das eigene Leben entsprechend seinem Glauben, seiner Tradition, seinen Interessen und seiner Sexualität selbst gestalten. Solange die Ausübung dieser Rechte mit den österreichischen Gesetzen konform ist, darf sie nicht eingeschränkt werden.

- ❖ **Gleichstellung der Geschlechter:** Frauen und Männer haben die gleichen Rechte; beide bestimmen selbst über alle Aspekte ihres Lebens. Frauen sind gleichermaßen zu achten und zu respektieren.
- ❖ **Bildungschancen und Bildungspflicht:** Mädchen und Buben haben das gleiche Recht, Bildungseinrichtungen jeder Art zu besuchen. Es besteht Kindergarten-, Schul- und Ausbildungspflicht für Mädchen und Buben.

3. Haltungen einer aktivierenden und verbindlichen Integrationspolitik

Das Land Oberösterreich bekennt sich zu einer **aktivierenden und verbindlichen Integrationspolitik**. Diese ist durch folgende Ansätze und Grundsätze gekennzeichnet:

→ **Aktivierend & befähigend**

Ziel der Integrationspolitik ist es, dass alle Menschen ihr Leben selbstbestimmt und selbsterhaltend gestalten können. Dabei kann es zu Beginn des Integrationsprozesses zielführend sein, über Betreuungs- und Begleitangebote die zugewanderten Menschen beim Einfinden in Oberösterreich zu unterstützen. Von der Betreuung sollten dann Schritte einer befähigenden Begleitung und Unterstützung gesetzt werden, die konkrete Maßnahmen etwa der Bildung, Ausbildung und Qualifikation enthalten können und auf diesem Weg zur Selbständigkeit führen. In diesem Kontext erscheint es wichtig, die zu integrierenden Personen nicht allein passiv im Sinne von Leistungsempfängerinnen und -empfängern zu sehen, sondern sie durch aktivierende integrationspolitische Maßnahmen in die Lage zu versetzen, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen und an der Gesellschaft teilzuhaben. Eine aktivierende Integrationspolitik funktioniert am besten, wenn die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sich freiwillig für ihr Einfinden und Fortkommen in der Gesellschaft einbringen.

→ **Verbindlich: fördernd & fordernd**

Gegenseitige Verbindlichkeit ist Teil des Ankommens in der Gesellschaft, Ausdruck von gegenseitigem Wertschätzen und Vertrauen und bildet so eine wesentliche Grundlage des Integrationsprozesses. Die Integrationspolitik ist beiderseitig verbindlich zu gestalten und sollte dabei dem Grundsatz des Förderns und Forderns folgen. Das verlangt, dass die Ziele, die mit den Integrationsmaßnahmen erreicht werden sollen, definiert, zwischen Anbietendem und Empfangendem verbindlich vereinbart und ihre Einhaltung und Wirkung

überprüft werden. Motivation und aktives Bemühen sind wertzuschätzen und zu fördern. Fehlende Bereitschaft oder gar Verweigerung hingegen haben Konsequenzen und sollten auch Sanktionen nach sich ziehen. Das Leitbild ist in dem Sinne verbindlich, als die Integrationspolitik und Integrationsarbeit, das Förderwesen wie auch die Kooperationen sich an den dort niedergelegten Zielen, Grundsätzen und Haltungen ausrichten sollten. Gelingende Integration eröffnet Teilhabe am wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Leben in Oberösterreich. Die (Weiter-)Entwicklung von Förderrichtlinien auf der Grundlage dieses Leitbilds schafft gegenseitige Verbindlichkeit zwischen den Anbietenden und den Empfangenden der Förderung, seien es Einzelpersonen oder Vereine.

→ Bedarfsgerecht, wissenschaftlich & wirksam

Eine gute Annahme der Angebote kann dadurch sichergestellt werden, dass diese bedarfs- und zielgruppengerecht ausgestaltet und somit auch leistbar und zugänglich sind. Das Land Oberösterreich setzt auf differenzierte, bedarfs- und potenzialorientierte Förderangebote, was eine genaue Kenntnis des individuellen Förderbedarfs voraussetzt. Im Sinne eines wirtschaftlichen Mitteleinsatzes sind Fördermaßnahmen differenziert nach dem Aufenthaltsstatus der Zugewanderten vorzusehen. Im Wissen, dass es sich bei der Integration und einem gelingenden Zusammenleben um komplexe, facettenreiche und dynamische Prozesse handelt, muss Integrationsarbeit wissenschaftlich und evidenzbasiert strukturiert werden. Auf dieser Grundlage sind wirksame Angebote zu entwickeln, die auf Selbstbefähigung abzielen.

Die Bedarfs- und Wirkungsorientierung gilt für alle integrationsbezogenen Förderangebote des Landes. Zur Wirkungsorientierung gehört die Notwendigkeit der Evaluierung der integrationspolitischen Aktivitäten und Maßnahmen. Die Messung von Integrationserfolgen, die Evaluierung von Integrationsmaßnahmen und das Monitoring des Integrationsprozesses bedürfen einer entsprechenden Neu- und Weiterentwicklung. Im Sinne einer nachhaltigen Verwendung von Ressourcen ist auf die Wirtschaftlichkeit von Förderangeboten zu achten.

→ Zukunftsorientiert & nachhaltig

Vor dem Hintergrund der arbeitsmarktpolitischen Bedarfe wird Oberösterreich eine angepasste und differenzierte Migrations- und Integrationspolitik für die Zukunft entwickeln. Die Zuwanderung von Hochqualifizierten, Fachkräften und Studierenden soll gefördert werden und Rahmenbedingungen sollen geschaffen werden, damit diese Personen in Oberösterreich bleiben. Die Integrationspolitik des Landes Oberösterreich ist langfristig angelegt. Das Ziel der Herstellung von Selbständigkeit und Selbsterhaltungsfähigkeit

kann nicht durch kurzfristige Fördermaßnahmen erreicht werden. Integration braucht einen langen Atem. Es gilt, nicht immer den einfachsten oder kürzesten Weg zu gehen, sondern den nachhaltigsten, das heißt jenen, der letztlich in die Befähigung zur selbsterhaltenden Lebensführung und zur Einbindung in das gesellschaftliche Leben in Oberösterreich führt.

→ Querschnittsorientiert & vernetzend

Integration ist eine Querschnittsmaterie und betrifft im unterschiedlichen Ausmaß nahezu alle gesellschaftlichen Teilbereiche. Besonders die Bereiche Bildung und Ausbildung, Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Gesundheit, Soziales, Wohnen, Sicherheit und Kultur betreffen vielfach integrationspolitische Fragen. Integrationspolitische Maßnahmen werden sowohl auf der Ebene der Gemeinden und Städte als auch auf Landesebene gesetzt. Gleichzeitig ist zu bedenken, dass neben den staatlichen Akteurinnen und Akteuren in vielfältiger und besonders wirksamer Weise nichtstaatliche Träger wie Vereine, ehrenamtliche Gruppen und Einzelpersonen Integrationsarbeit leisten. Diese Vielzahl an staatlichen und nichtstaatlichen Akteurinnen und Akteuren und Institutionen macht eine kontinuierliche Abstimmung und Vernetzung notwendig. Der Querschnittscharakter von Integration in vielerlei Hinsicht betont die Bedeutung von Abstimmung und Vernetzung aller mit Integration befassten Stellen des Landes Oberösterreich und im Land Oberösterreich. Es gilt, weiterführend die Schnittstellen und Übergänge besser aufeinander abzustimmen, um Reibungsverluste zu minimieren und Doppelstrukturen möglichst zu vermeiden.

4. Zentrale Bereiche der Integrationspolitik

Sprache und Bildung als Schlüsselqualifikationen

Deutsch als gemeinsame Sprache bildet eine wesentliche Grundlage für das Zusammenleben und ist eine Schlüsselfähigkeit, um die Chancen, die ein Leben in unserem Land bietet, wahrnehmen zu können. Die gemeinsame Sprache ermöglicht Kommunikation zwischen Einheimischen und Zugewanderten, aber auch zwischen Zugewanderten unterschiedlicher Herkunft und Sprachzugehörigkeit. Jedem muss bewusst sein, dass erst die ausreichende Beherrschung der deutschen Sprache die Chancengleichheit und die gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.

Eine hinreichende Sprachkompetenz öffnet die Tür zu Bildung und Ausbildung, zum Eintritt in den Arbeitsmarkt und zur Teilhabe am kulturellen und sozialen Leben in den Städten und Gemeinden Oberösterreichs. Gleichzeitig sollen Sprachkurse auch Kenntnisse über Österreich und Oberösterreich sowie über grundlegende Werte und Regeln des Zusammenlebens vermitteln.

Das Angebot von Sprachförderungsangeboten ist daher ein wesentlicher Baustein für eine erfolgreiche Integrationspolitik. Es sollte ein differenziertes sein, das passgenau und regional auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet ist. Insofern ist auf den Sprachstand sowie auf den Alphabetisierungsgrad, aber auch auf besondere Anforderungen, die ein späterer Beruf mit sich bringt, Bedacht zu nehmen. Ein besonderes Augenmerk ist auf Sprachförderangebote zu legen, die speziell den Spracherwerb von Frauen ermöglichen. Zum einen bilden Frauen wesentliche Multiplikatorinnen für das Erlernen der Sprache, zum anderen ist das Erlernen der deutschen Sprache gerade für Frauen ein oft wesentlicher Schritt, um selbst Entscheidungen für ihr Leben in Oberösterreich zu treffen.

Die Betonung der Wichtigkeit der deutschen Sprache steht in keinem Widerspruch zur Pflege der Mehrsprachigkeit. Die Beherrschung mehrerer Sprachen neben dem Deutschen wird geschätzt und gefördert. An einem Wirtschaftsstandort wie Oberösterreich, der viele internationale Kontakte pflegt und lebt, stellt Mehrsprachigkeit ein Qualifikationsmerkmal dar, das nicht nur die Persönlichkeit des und der Einzelnen prägt, sondern auch von wirtschaftlichem Interesse ist. Eine zukunftsgerichtete Integrationspolitik begreift daher Mehrsprachigkeit als Chance.

In unserer Gesellschaft sind Bildung und Ausbildung wesentliche Voraussetzungen, um einen Platz auf dem Arbeitsmarkt zu finden und die wirtschaftliche Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben zu schaffen. Sozialer und gesellschaftlicher Aufstieg erfolgt primär über Bildung. Eine wichtige Aufgabe der Integrationspolitik ist es daher, die Bedeutung von Bildung für den gesellschaftlichen Aufstieg zu vermitteln, Bildungsambitionen zu wecken und zu steigern und den Zugang zu Bildungseinrichtungen zu gewährleisten.

Eine aktivierende, verbindliche Integrationspolitik hat gerade Kinder von Migrantinnen und Migranten in den Blick zu nehmen. Sie haben bei entsprechender Bildung und gegebenenfalls Förderung die besten Chancen, in Oberösterreich anzukommen und ihr Leben zu gestalten. Um eine ungebrochene Bildungslaufbahn zu gewährleisten, sind insbesondere im Hinblick auf die Sprachkompetenz die Schnittstellen zwischen den verschiedenen Bildungseinrichtungen (Kindergarten, Vorschule, Volksschule) zu berücksichtigen. Die Elternarbeit ist zu intensivieren.

Wirtschaft und Arbeitsmarkt – Teilhabe stärken

Jede und jeder hat nach ihren bzw. seinen Möglichkeiten für den Selbsterhalt zu sorgen. Unser solidarisches Sozialsystem ist ein Auffangnetz für jene, die es aus verschiedenen Gründen nicht schaffen können, sich selbst zu erhalten. Der Sozialstaat funktioniert nur, wenn alle im Rahmen ihrer Möglichkeiten für ihren finanziellen Selbsterhalt sorgen und ihren Beitrag für das Solidarsystem leisten. Das heißt beispielsweise für Zugewanderte, über den Erwerb der deutschen Sprache, Bildung und Qualifizierung, Arbeitssuche und Arbeit nachhaltig für ihre ökonomi-

sche Selbständigkeit zu sorgen. Wer sich nicht bemüht, schadet sich selbst, untergräbt aber auch die Solidargesellschaft, auf die der Sozialstaat angewiesen ist.

Die Teilhabe von Migrantinnen und Migranten am Arbeitsmarkt dient jedem und jeder Einzelnen, aber auch der Gesellschaft. Sie bildet die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben, indem sie die wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür schafft. Darüber hinaus dient Arbeit auch mittelbar der Integration: Der Arbeitsplatz bietet die Möglichkeit vielfältiger sozialer Kontakte, wodurch wiederum weitere Wege der gesellschaftlichen Integration eröffnet werden. Nicht zuletzt ist die Teilhabe von Migrantinnen und Migranten auch ein Beitrag zur Wirtschaftskraft in Oberösterreich.

Eine aktivierende und verbindliche Integrationspolitik ist damit auch ein wichtiger Baustein in der Wirtschaftspolitik des Landes Oberösterreich, welche die Stellung Oberösterreichs als führender Wirtschaftsstandort in Österreich weiter ausbauen will. In diesem Sinne sind Wirtschaftspolitik und Integrationspolitik noch stärker zusammenzudenken als bisher. Die oberösterreichische Wirtschaft braucht Fachkräfte. Zugewanderte Menschen, die bereit sind, Deutsch zu lernen, sich zu qualifizieren und sich einzubringen, sind eine große Chance für den Wirtschaftsstandort Oberösterreich. Gleichzeitig ist festzustellen, dass viele Migrantinnen und Migranten, die in den letzten Jahren nach Oberösterreich gekommen sind, die für den Arbeitsmarkt notwendigen Fähigkeiten und Qualifikationen nicht mitbringen, sondern erst in Oberösterreich erwerben müssen. Hier müssen gezielte Fördermaßnahmen, differenziert nach Aufenthaltsstatus, ansetzen, um die Herausforderung, möglichst viele Menschen durch Bildung und Ausbildung fit für den Arbeitsmarkt zu machen, zu meistern. Ein effektives Zusammenwirken von öffentlicher Hand und Privatwirtschaft ist unabdingbar. Jugendliche und junge erwachsene Zugewanderte sollten im Hinblick auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes in den nächsten Jahren beraten und motiviert werden, Ausbildungen in nachgefragten Berufsfeldern zu absolvieren. Frauen sind gezielt anzusprechen, um sie für Qualifikationen, für Ausbildungen und für den Arbeitsmarkt zu gewinnen. Zugewanderte, die bereits Qualifikationen mitbringen, die von der Wirtschaft nachgefragt werden, sollten schnell in entsprechenden berufsbezogenen Kursen Deutsch lernen und bei Bedarf nachgeschult werden, um möglichst rasch und unkompliziert die Chancen des Arbeitsmarktes nutzen zu können. Hochqualifizierte Zugewanderte sollen im Prozess der Anerkennung und Nostrifizierung von Abschlüssen bestmöglich unterstützt werden.

In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass sich der Bildungserfolg von Mädchen mit Migrationshintergrund im Vergleich zu dem von Buben mit Migrationshintergrund deutlich verbessert. Dieser Bildungserfolg schlägt sich jedoch nicht im gewünschten Maß in den entsprechenden Erfolgen in der Ausbildung und Arbeitswelt nieder. Immer wieder stellen traditionelle Rollenbilder ein Hindernis für Mädchen dar. Solche Barrieren sollten durch eine gute Mädchen-, Frauen- und Elternarbeit

als Teil der Integrationspolitik überwunden werden. Parallel dazu sollte ein besonderes Augenmerk auf Männer gelegt werden, die allein nach Oberösterreich gekommen sind und ohne familiären Anschluss leben. Für diese Zuwanderungsgruppe werden weiterhin allgemeine und spezifische Integrationsmaßnahmen erforderlich sein.

Integration und Zusammenleben vor Ort

Integration ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, die entsprechend der verfassungsrechtlichen Kompetenzverteilung von Bund und Ländern wahrzunehmen ist. Integration findet zugleich im Alltag der Menschen vor Ort statt. Oberösterreich verfolgt als Flächenbundesland mit seinen Städten, Bezirken und Gemeinden daher eine institutionenübergreifende, regionalisierte und dezentrale Integrationsstrategie. Von besonderer Bedeutung ist dementsprechend die Unterstützung der Integrationsarbeit engagierter Gemeinden und Bezirke.

Migration kann dazu führen, dass in Städten, Bezirken oder Gemeinden Menschen bestimmter sozialer Gruppen oder aus bestimmten Herkunftsländern in Stadtteilen, Vierteln oder Straßen vermehrt zusammenleben. Solange dies in einem geringen Ausmaß auftritt und es viele Plätze und Möglichkeiten zum Einander-Beggnen und Brückenbauen gibt, ist eine solche Entwicklung unproblematisch. Ein gutes Zusammenleben bedarf eines offenen, entspannten Mit- und Nebeneinanders. Nachbarschaftliches Zusammenleben sollte von gegenseitigem Respekt getragen sein. Wenn allerdings diese Orte eine starke soziale Ungleichheit aufweisen, kann dies zu Segregation, zu Desintegration und zu problematischen Parallelmilieus führen, die sich nachteilig für alle auswirken. Daher sollten abgeschottete Teilgesellschaften, in denen Menschen ihren Alltag ohne Anbindung an die Mehrheitsgesellschaft unter Negierung der hiesigen Regeln leben, verhindert werden. Schon bei der Stadt- und Gemeindeplanung, aber auch bei der Vergabe von Wohnungen ist darauf zu achten, dass eine Durchmischung in sozialer Hinsicht und nach Herkunft gestärkt wird. Denn auf Dauer verbinden uns nicht unsere Herkunft, sondern unsere gemeinsamen Interessen und Leidenschaften.

Werte und Traditionen, die es lohnt, weiterzugeben

Das Zusammenleben ist vielfach durch ungeschriebene Regeln geprägt. Kulturell überlieferte Werte, Traditionen, Bräuche und Praktiken prägen den Alltag und stellen für jede Gesellschaft einen Wert dar. Solche kulturellen Gepflogenheiten sind allerdings auch in Oberösterreich nicht einheitlich, sondern sehr divers; sie sind dynamisch und einem steten Wandel unterworfen. Trotz aller Unterschiede gibt es gewachsene, erprobte und weitergegebene Lebensgewohnheiten, die es wert sind, erhalten zu werden. Diese bilden eine Grundlage des Zusammenlebens, sodass jede und jeder sie als Bestandteil des Lebens in Oberösterreich kennen muss.

Dazu gehört zum Beispiel, dass Österreich ein säkulares, aber zugleich ein religionsfreundliches Land ist. Österreich ist ein offenes, christlich geprägtes Land, das dem Humanismus und der Aufklärung verpflichtet ist. Ein Dissens wird durch Orientierung an der Vernunft und an der rationalen Begründbarkeit von Positionen und Entscheidungen gelöst. Österreich ist ein Land mit einer ausgeprägten Konsens- und Friedensorientierung. Das heißt, dass jede Form der Gewalt abgelehnt wird. Es heißt aber auch, dass die Fähigkeit, sich und seine Normen und Werte hinterfragen zu können, mit Kritik umzugehen und Kritik auszuhalten, gepflegt wird. Als ein Land, in dem Bildung und wirtschaftliche Entwicklung großgeschrieben werden, baut Oberösterreich auf die Bereitschaft aller Menschen, die hier leben, sich zu bilden und auszubilden und nach den eigenen Fähigkeiten Leistungen für das persönliche Fortkommen und die Entwicklung des Landes zu erbringen. Tugenden wie Pünktlichkeit, Organisiertheit, Verlässlichkeit und eine offene Herzlichkeit sollen für unser Land stehen und fördern eine gemeinsame positive Zukunft. Oberösterreich pflegt die traditionellen Feste im Jahreskreis als gemeinsames kulturelles Erbe. Im Wissen, dass diese geschriebenen und ungeschriebenen Werte, Gepflogenheiten und Regeln des Zusammenlebens teilweise gelebte Realität und teilweise einen gewünschten Idealzustand abbilden, schaffen sie ein Gefühl von Heimat, Verlässlichkeit und Zusammengehörigkeit und dienen so der Orientierung und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Das kulturelle Erbe in Oberösterreich lohnt es, weitergegeben zu werden. Notwendig ist aber immer auch eine Auseinandersetzung mit sozialen und kulturellen Praktiken und Gewohnheiten und mit der Frage, was davon als Wert weitergeführt und weiterentwickelt werden muss und was nicht. Aus dem Spannungsverhältnis von Stetigem und Dynamischem, dem Individuellen und dem Gemeinschaftlichen, der Offenheit gegenüber Veränderung und dem Verwurzelten gewinnt dieses Land seine Kraft für die Gestaltung der Zukunft.

Niemand muss in Oberösterreich seine Herkunft, seine kulturellen Wurzeln oder religiösen Überzeugungen ablegen oder leugnen. Dennoch ist es für die Zugewanderten wichtig, die sozialen und kulturellen Praktiken und Gewohnheiten in Oberösterreich kennenzulernen und ihnen mit Respekt zu begegnen, um die Chance zu haben, auf Augenhöhe mit allen Menschen in Kontakt treten zu können.

Respekt im Umgang miteinander

Gegenseitiges Kennenlernen und gegenseitiger Respekt sind Grundvoraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben wie auch für eine konstruktive Diskussions- und Aushandlungskultur. Konflikte müssen offen und fair durch den Austausch von Argumenten ausgetragen werden. Gegenseitiger Respekt meint, dass jeder und jede Einzelne seinem oder ihrem Gegenüber mit Respekt begegnet und Respekt erweist. Gleichzeitig dürfen wir vom Gegenüber erwarten, dass es sich so verhält, dass es den Respekt auch verdient. Umgekehrt kann man Respekt nur ver-

langen, wenn man ihn vorlebt: Nur wer anderen gegenüber respektvoll auftritt, darf auch für sich Respekt erwarten und verlangen. In diesem Sinne setzt gegenseitiger Respekt die Anerkennung der Gleichwertigkeit und Gleichrangigkeit des Gegenübers voraus und steht in engem Zusammenhang mit Toleranz.

Die Forderung nach gegenseitigem Respekt darf keine Beschwichtigungsformel sein, mit der mögliche Konflikt- und Problemfelder umgangen bzw. nicht angesprochen werden. Ein Grundrespekt ist vielmehr die Voraussetzung für eine konstruktive Diskussion, mit der die Kritik- und Auseinandersetzungsfähigkeit erhöht wird. Respekt gilt für alle, auch gegenüber öffentlich Bediensteten wie Lehrkräften, Polizeiorganen etc., unabhängig von deren Geschlecht. Kulturell und religiös begründete Abwertungen der Geschlechter oder von nicht- bzw. andersgläubigen Menschen dürfen im Zusammenleben keinen Raum haben. Dabei ist es wichtig, wahrzunehmen, dass Abwertungen sowohl in der Aufnahmegesellschaft als auch in den Zugewandertengruppen auftreten können. Ungeachtet, von wem sie ausgehen, ist ihnen mit gleicher Entschiedenheit entgegenzutreten.

Im Alltag setzt ein gutes Zusammenleben gegenseitige Rücksichtnahme und Empathie voraus. Einander Grüßen, das Akzeptieren der Ruhebedürftigkeit des einen und das Berücksichtigen des Geselligkeitsbedürfnisses des anderen, der Respekt vor der Natur, der sorgsame Umgang mit Gemeinschaftsgütern und dem öffentlichen Raum sind Gesichtspunkte der Bereitschaft, einander verstehen zu wollen, was die notwendige Voraussetzung für ein gutes Miteinander ist. Dafür steht dieses Land.

